

Interprofessionelle Zusammenarbeit aus Sicht der Politik

„Interprofessionelle Zusammenarbeit muss Teil der Ausbildung werden“



Susanne Schaper, MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Was bedeutet für Sie interprofessionelle Zusammenarbeit?

Für mich besteht interprofessionelle Zusammenarbeit in einer engen Kooperation und Kommunikation zwischen den Fachkräften der verschiedenen Berufsgruppen – also zwischen Ärztinnen und Ärzten, Pflegepersonal, therapeutischem Personal oder auch der Sozialarbeit. Multidisziplinäre Teams sind ein wichtiges Beispiel, weil alle ihre spezifische Fachkenntnis einbringen. Durch regelmäßige Fallbesprechungen und Teammeetings können ganzheitliche Behandlungspläne erstellt werden, von denen die Patientinnen und Patienten profitieren. Das Ziel lautet an erster Stelle, bestmöglich zu versorgen. Aus diesem Grund ist eine umfassende und koordinierte Versorgung ein wichtiger Faktor für die schnelle Genesung.

Worin liegt für Sie die spezifische ärztliche Kernkompetenz und welche Tätigkeiten sind daher vom Arzt höchstpersönlich auszuüben?

Die Hauptaufgabe der Ärztinnen und Ärzte ist das Stellen von Diagnosen

und die damit verbundene Entscheidung über Behandlung, Therapiepläne und Medikamentengabe. Auch wenn heute immer mehr künstliche Intelligenz im Bereich der Medizin eingesetzt wird, kann diese die Diagnosestellung zwar unterstützen, aber nicht ersetzen. Die Entscheidung muss immer in der Verantwortung einer Ärztin oder eines Arztes liegen.

Wie stehen Sie zur Akademisierung der verschiedenen Berufsstände?

Ich sehe die Akademisierung geeigneter medizinischer Tätigkeiten und im Bereich von Management und Forschung durchaus positiv, schon um die wachsende Komplexität der Aufgaben in den Griff zu bekommen. Jedoch müssen die Rahmenbedingungen vorher geklärt werden: Gibt es ausreichend viele Studienplätze und genug Lehrpersonal? Ist ein Studium auch berufsbegleitend möglich? Viele Beschäftigte haben schließlich schon eine erfolgreiche Berufsausbildung absolviert. Außerdem ist es wichtig, die Einsatzgebiete und die Aufstiegschancen ordentlich zu regeln. Das gilt auch für die Finanzierung und Vergütung.

Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit von Ärzten und den anderen Gesundheitsfachberufen zukünftig vor?

Wir müssen noch sehr viel tun, um die ambulante und die stationäre Versorgung weiter zu verzahnen. Hier ist auch die Politik in der Pflicht. Sie muss über Strukturen neu diskutieren, alle Säulen des Gesundheitssystems als Ganzes sehen und bewerten, um richtige Schlussfolgerungen ziehen zu können. Der Prozess muss transparent und unter Einbeziehung aller Beteiligten stattfinden.

Was wäre aus Ihrer Sicht ein dringendes Problem, das wir noch nicht angesprochen haben?

Es ist wichtig, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für interprofessionelle Zusammenarbeit zu schaffen. Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum betrifft auch das medizinische Personal, gleichzeitig wächst dort wegen der Alterung der Beratungs- und Behandlungsbedarf. Es müssen also flächendeckend gute Lebensbedingungen her. Zusätzlich muss interprofessionelle Zusammenarbeit auch Teil der Ausbildung werden, um ein Verständnis für die unterschiedlichen Rollen und Fachge-

Zur Person:

- geboren 1978 in Karl-Marx-Stadt
- verheiratet, 3 Kinder
- Examierte Krankenschwester, Diplom-Pflegewirtin (FH)
- seit 2014 Mitglied des Sächsischen Landtages, Fraktion DIE LINKE, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ehrenämter u.a.:

- Stadträtin Chemnitz seit 2009 (seit 2014 Fraktionsvorsitzende)
- Seit 1994 Mitglied der PDS, jetzt DIE LINKE, seit 2019 Landesvorsitzende DIE LINKE.Sachsen
- Vorstandsmitglied Deutsch-vietnamesische Medizingesellschaft DEVIEMED
- Vorsitz des ambulanten Hospizdienstes DOMUS e.V.

biete zu schaffen. Außerdem ist ein genauer Rahmen für die Zusammenarbeit wichtig. Dazu gehören klare Verantwortlichkeiten für die Berufsgruppen, eine offene und respektvolle Kommu-

nikationskultur sowie regelmäßige Evaluierung. Natürlich sind auch die Finanzierung und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu klären. Für den Erfolg einer interprofessionellen Zusammen-

arbeit müssen zudem Bürokratie abgebaut und klare unterstützende Organisationsstrukturen aufgebaut werden. ■